

Vorschläge für die Hochschulpolitik zum Thema „Plagiat“

"Plage Plagiat": Expertinnen und Experten, Hochschulverantwortliche und Verwalter tagen mit der ÖH der Universität Innsbruck und der Ombudsstelle für Studierende

Innsbruck (OTS) - Rund 60 Expertinnen und Experten, Verantwortliche aus Verwaltung und Lehre, Studierendenvertreterinnen und Vertreter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem gesamten Tertiärbereich werden sich am Montag bei einer Fachtagung an der Universität Innsbruck dem Thema "Plage Plagiat: Wie erkennen? Wie vermeiden? Wie bekämpfen?" widmen. Im Mittelpunkt stehen Erfahrungsberichte mit der Plagiatsortung und -ahndung aus der Sicht studienrechtlicher Organe, von Senats-Angehörigen, Rektoraten und Rechtsabteilungen von Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen einerseits, andererseits die Diskussion einer möglichst umfassenden Definition des Begriffes "Plagiat" und mögliche Vorschläge an die Hochschulpolitik.

Die Tagung wurde von der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck gemeinsam mit der Ombudsstelle für Studierende im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft initiiert und wird mit Unterstützung der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck durchgeführt.

Immer mehr öffentliche Universitäten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, im studienrechtlichen Teil ihrer Satzungen die Einreichung wissenschaftlicher Arbeiten auch in elektronischer Form vorzuschreiben. An Fachhochschulen sind Anti-Plagiats-Regelungen in den Studien- und Prüfungsordnungen enthalten. Auch Privatuniversitäten und Pädagogische Hochschulen sind mit dem Phänomen „Plagiat“ befasst. Mit Anti-Plagiats-Regelungen zur elektronischen Überprüfung können und werden Diplomarbeiten, Master-Thesen und an Universitäten auch Dissertationen mittels einschlägiger Anti-Plagiatssoftware gescreent und nach Identifizierung von vermeintlichem oder tatsächlichem Fehlverhalten bereits jetzt entsprechende Konsequenzen gesetzt. "Die Tagung soll dazu beitragen, grundlegende Überlegungen zu mittelfristigen gesetzlichen Regelungen im gesamten Tertiärbereich und damit Rechtssicherheit für beide Seiten, Studierende und Institutionen, bringen", so Josef Leidenfrost, Hochschulombudsmann und Mitinitiator der Innsbrucker Tagung.

An der Universität Innsbruck bietet die dortige Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft mit dem sogenannten Plagiatscheck (plagcheck@oeh.cc) für Studierende an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck als kostenlosen

Service den elektronischen Check neben Diplomarbeiten oder Dissertationen auch bereits von Seminar- und Bachelor-Arbeiten an. "Damit sollen noch vor der offiziellen Abgabe einer Arbeit mögliche Fehler erkannt und verhindert werden, dass es gar nicht erst zu Plagiatsvorwürfen seitens der Universität kommt", so Korbinian Kasinger, stellvertretender ÖH-Vorsitzender an der Universität Innsbruck.

Ein weiteres Arbeitsziel der Tagung ist der Vergleich der bereits bestehenden Regelungen an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen bzw. eine Art "Inventarisierung" derselben, um daraus Vorschläge an die hochschulpolitisch Verantwortlichen erstellen zu können.

Für die öffentlichen Universitäten steht derzeit im Rahmen der geplanten UG-2002-Novelle 2014 die Einführung eines Plagiatsbegriffes sowie mögliche Sanktionsmaßnahmen in parlamentarischer Begutachtung. Ein Hinweis dazu: Am 16. Oktober 2014 findet in Wien speziell für den Bereich der öffentlichen Universitäten eine von der Universitätenkonferenz organisierte Tagung zum Thema "TAGUNG PLAGIAT: Prävention - Erkennung - Konsequenzen" statt.

Zur Innsbrucker Tagung erscheint zeitnah eine detaillierte Tagungsdokumentation sowohl auf der Homepage des Hochschulombudsmannes (www.hochschulombudsmann.at) als auch auf jener der ÖH der Universität Innsbruck (www.oeh.cc).